

Kandidat: Thomas Bauer
Wohnort: Königsbrunn
Stimmkreis: Augsburg-Land-Süd (705)
Homepage: www.thomasbauer-bayern.de

Kurzprofil:

Thomas Bauer, 58 Jahre alt. Verheiratet, 2 erwachsene Kinder.
Zwei Abschlüsse: Diplom-Informatiker (FH) und MBA (Master of Business Administration)
Über 30 Jahre Berufserfahrung als Software-Entwickler, Team- und Projektleiter im Maschinenbau für die kunststoffverarbeitende Industrie. Seit mehreren Jahren selbständiger Unternehmer mit eigener Firma im Bereich Digitalisierung und Automatisierung für die Industrie.
Seit 2020 als Kreisrat in der Kommunalpolitik aktiv.

Fragen des LsV-Schwaben (www.landwirtschaftverbundet.bayern)

1.Haben Sie einen direkten Bezug zur Landwirtschaft?

Ja, meine Mutter stammt aus einem landwirtschaftlichen Betrieb in Unterfranken. Auf dem Hof mit Milch- und Landwirtschaft habe ich einen großen Teil meiner Kindheit verbracht. Ich habe meinen Wohnort immer auf dem Land gehabt und auch heute sind viele meiner direkten Nachbarn Landwirte.

2.Kaufen Sie regional ein?

Ja.

2.1.Wenn ja, wie oft und wo?

Fast jede Woche einmal auf dem hiesigen Wochenmarkt. Dabei kaufen wir hauptsächlich Produkte, die in unserer heimischen Region angebaut werden. Für den Eigenbedarf pflanzen wir Gemüse und Obst im heimischen Garten an. Generell versuchen wir die Lebensmittel möglichst frisch zubereiten und auf Fertigprodukte weitestgehend zu verzichten.

3.Wie definieren Sie einen landwirtschaftlichen Familienbetrieb?

Ein landwirtschaftlicher Betrieb ist für mich ein Betrieb, der sich im Familienbesitz befindet und regional verwurzelt ist. Er übernimmt Verantwortung für mehrere Generationen auf seinem Hof und beschäftigt fast ausschließlich Familienmitglieder.

4. Wie sehen Sie den Stellenwert der deutschen Landwirtschaft in der Gesellschaft?

Der gesellschaftliche Stellenwert entspricht nicht der tatsächlichen Bedeutung, die die Landwirtschaft in und für unser Leben/Gesundheit und für unsere Natur eigentlich einnimmt. Die stabile und sichere Versorgung mit hochwertigen Lebensmitteln wird von den Verbrauchern als selbstverständlich und jederzeit verfügbar wahrgenommen.

Darüber hinaus wurden in den letzten Jahren zwei Dinge getrennt, die eigentlich zusammengehören:

Die Landwirtschaft und der Umwelt- und Naturschutz. Anstatt als Verursacher von Emissionen dargestellt zu werden, hätten die Landwirte mehr gesellschaftliche Anerkennung für ihre Rolle als Lebensmittelerzeuger, Naturschützer und Landschaftspfleger verdient.

4.1. Wie kann man diesen Stellenwert maßgeblich verbessern?

Es braucht eine gesellschaftliche Trendwende, die der Landwirtschaft wieder den Stellenwert einräumt, den sie verdient. Das geht nur über eine faire Berichterstattung, Geschlossenheit der Bauernverbände und eine Stärkung des bäuerlichen Berufsstandes in der gesellschaftlichen Klimadebatte. Dabei muss der Landwirt im Sinne des Naturschutzes stärker in den Fokus gerückt werden, um sein Image als verantwortungsbewusster Lebensmittelerzeuger zu verbessern.

Die Corona Krise hat auch gezeigt, dass internationale Lieferketten zusammenbrechen können und die Selbstversorgung mit Lebensmittel in der eigenen Region von hohem strategischem Wert ist, um in Krisenzeiten besser gewappnet zu sein.

4.2. Was werden Sie persönlich dafür tun, um den Stellenwert der Landwirtschaft in der Gesellschaft zu verbessern?

Ich bin davon überzeugt, dass wir die Selbstversorgung mit gesunden Lebensmitteln aus der Region durch Familienbetriebe aus strategischen Gründen erhalten müssen. Bei jeder Gelegenheit, vor allem in öffentlichen Diskussionen, weise ich darauf hin.

5. Wie schätzen Sie die Belastung auf Landwirtinnen und Landwirte ein, die aus der Bürokratie und agrarpolitischen Maßnahmen resultiert?

Diese Belastung ist mittlerweile enorm. Die Dokumentations- und Meldepflichten haben in der täglichen Arbeit ein Maß erreicht, welches dringend reduziert werden muss. Der Landwirt ist ein Unternehmer, welcher nicht nur ein Marktrisiko trägt. Zusätzliche Risiken, bedingt durch Wetter und Gesundheit des Tierbestandes kommen hinzu. Auch die sich ändernden Vorgaben der Politik werden als Risiko für den unternehmerischen Erfolg und Bestand des Betriebes wahrgenommen.

5.1. Welche Maßnahmen planen Sie, um Präventions- und Unterstützungsangebote bei Depression, Angst und Burnout für Landwirtinnen und Landwirte zu schaffen?

Die eben geschilderten Risiken können zu existenziellen Ängsten führen, vor allem in Krisenzeiten. Diese Themen müssen enttabuisiert und niedrigschwellige Anlaufstellen geschaffen werden. Es sollten dabei nicht nur die Symptome angegangen werden. Die ursächlich hohen Belastungen müssen erkannt und nachhaltig auf ein beherrschbares Maß reduziert werden.

6. Priorisieren Sie folgende Begriffe: Wirtschaft, Gesundheit, landwirtschaftliche Nutzflächen, bezahlbarer Wohnraum, Herkunft/Religion, Luxusgüter, CO2-Reduktion, regionale Produkte

In der Reihenfolge, wichtigstes zuerst:
Gesundheit, Wirtschaft, bezahlbarer Wohnraum, regionale Produkte, landwirtschaftliche Nutzflächen, Herkunft/Religion, CO2-Reduktion, Luxusgüter

7. Wie kann die deutsche Landwirtschaft Ihrer Meinung nach besser an der Wertschöpfungskette teilnehmen?

Die Landwirtschaft kann eigene Vertriebskanäle etwa über Hofläden und regionale Märkte stärken. Hier bedarf es einer Verringerung von Auflagen, die den Eigenverkauf landwirtschaftlicher Produkte einschränken.

8. Wie viel Anteil an Ökologischen Betrieben braucht es Ihrer Meinung nach?

Ich bin der Auffassung, dass die Politik hier keinen festen Anteil vorgeben kann. Sie kann Rahmenbedingungen schaffen, so dass Ökologie und Ökonomie nebeneinander sich entwickeln können. Letztlich entscheidet der Verbraucher, sprich der Markt, wie sich die Anteile über die Zeit gestalten.

9. Brauchen wir eine noch umweltgerechtere Landwirtschaft in Deutschland?

Nein, was wir brauchen ist mehr Fairness im innereuropäischen und internationalen Wettbewerb. Es kann nicht sein, wenn unsere europäischen Nachbarn eine geringere Auflagenlast tragen müssen als deutsche Landwirte, nur um dann mit nominell gleichen Qualitätsstandards nach Deutschland zu exportieren.

9.1. Brauchen wir eine noch umweltgerechtere Landwirtschaft in Europa?

Nein. Vor allem dann nicht, wenn dies mit noch mehr Auflagen und Meldungen verbunden ist.

Wenn die Verbraucher dies jedoch fordern, muss die Politik dafür sorgen, dass die entsprechenden Mehrkosten auch durch Mehrerlöse aufgrund verbesserter Preisstrukturen gedeckt werden. Eine endlose Wunschliste allein zu Lasten der Landwirte ist inakzeptabel.

9.2 Wenn ja, welche Maßnahmen planen Sie?

Gleiche Regeln und Produktionsstandards für alle. Es kann nicht sein, dass Pflanzenschutzmittel, die in Deutschland verboten sind, in anderen EU-Staaten noch verwendet werden und somit doch auf unserem Tisch gelangen.

10. Brauchen wir eine klimaneutrale Landwirtschaft?

Nein. Diese gesellschaftliche CO₂-Debatte macht keinen Sinn und entbehrt jeder vernünftigen Grundlage.

10.2 Wenn ja, welche Maßnahmen braucht es Ihrer Meinung nach dafür?

Kurze Wege in der Produktion und Vermarktung statt globaler Lieferbeziehungen bei Produkten, die auch regional erzeugt werden können, halte ich für die wichtigste Maßnahme, die zugleich die Umwelt entlastet und das Einkommen der Landwirte steigert.

10.3. Wer soll die Kosten für diese Maßnahmen tragen?

Der Staat muss eine faire Preisstruktur und einen gewissen Außenschutz für heimische Produkte gewähren.

10.4 Soll die nicht-landwirtschaftliche Gesellschaft an den Kosten für die Maßnahmen beteiligt werden?

Nein, da es dafür auch keine Maßnahmen gibt.

11. Sollten Ihrer Meinung nach die Arbeit und Leistungen der Landwirtschaft hinsichtlich CO₂-Kompensation honoriert werden und wenn ja, wie?

Siehe 10. Die CO₂-Debatte setzt die falschen Ziele.

12. Welche Auswirkungen/Folgen hat Ihrer Meinung nach Dauergrünland?

Dauergrünland kann nicht mehr ohne weiteres (Genehmigung) als Ackerland verwendet werden.

13. Wie wollen Sie die Landwirtschaft im Bereich der Erneuerbaren Energien wieder stärker einbinden?

Einzig die Landwirtschaft ist bislang in der Lage speicherbare erneuerbare Energievorräte zu erzeugen durch Biogas und Biomasse (einschließlich Holz aus der Forstwirtschaft). Energiepflanzenanbau darf aber nicht zulasten der Ernährungssouveränität in Deutschland gehen! Photovoltaik-Anlagen auf der grünen Wiese zulasten landwirtschaftlicher Nutzflächen lehnen wir ab. Stattdessen sollten ausreichend versiegelte Parkplatz- und Dachflächen organisiert werden.

14. Weg von den fossilen Energieträgern hin zu regenerativen Energien – inwiefern kann in Ihren Augen die Landwirtschaft hier einen Beitrag leisten?

Der Landwirt ist in erster Linie Lebensmittelproduzent! Ernährungssouveränität in unserem Land muss daher Priorität Nummer eins sein und bleiben. Der Landwirt darf nicht als Energiewirt umfunktioniert werden, wenn dies bedeutet, dass Nahrungsmittel aus fernen Produktionsgebieten energieintensiv angeliefert werden müssen. Die Rolle der Landwirtschaft bei der erneuerbaren Energieproduktion darf also nicht überstrapaziert werden.

15. Sind Sie für eine generelle Herkunfts-Kennzeichnungspflicht aller LM (Rohware und Verarbeiter)

Herkunftsangaben helfen dem Verbraucher eine gute Auswahl zu treffen. Insbesondere bei hoch qualitativen Lebensmitteln aus der Region. Der bürokratische Aufwand für die Kennzeichnung muss sich im Rahmen halten. Damit weiß der Verbraucher, wie weit das Produkt transportiert werden musste und er dank Transparenz dem regionalen Erzeugnis beim Einkauf den Vorrang geben kann.

15.1. Wenn ja, wie könnte diese Ihrer Meinung nach aussehen?

Neben geographischer Herkunftsangabe sollten die Kilometer Transportweg angegeben werden. Dies würde dem uninformierten Verbraucher die Augen öffnen und eine Vergleichbarkeit mit regionalen Produkten herstellen.

16. Wie stellen Sie sich Ernährungssouveränität in Deutschland oder der EU vor, mit dem Hintergrund der Zwangsökologisierung durch API, Umschichtung in die zweite Säule mit gleichzeitigem Import von Lebensmitteln, Futtermilch (Hintergrund: andere Standards, Umweltzerstörung durch Lebensmittelproduktion in anderen Ländern/auf anderen Kontinenten)?

Die Ernährungssouveränität Deutschlands wurde in Bereichen, in denen heimische Produktion möglich wäre, jahrzehntelang unnötig stark untergraben. Top-Öko-Standards in

Deutschland und wegen Preiswettbewerb Import von unökologisch erzeugten Billigprodukten hilft der Umwelt global gesehen nicht, sondern ist ein Nullsummenspiel, wenn nicht gar negativ in der ganzheitlichen Umweltbilanz. Das API setzt für Landwirte Standards, die die öffentliche Hand oder Privatpersonen auf ihren Flächen bzw. in ihren Gärten oft selbst nicht einhalten. Der Landwirt wird hier zum billigen Sündenbock gemacht.

17. Welche Maßnahmen planen Sie, um der Landwirtschaft Planungssicherheit sowie kostendeckende und faire Preise für die Betriebe zu ermöglichen?

Stärkung der Landwirte in der Lebensmittelkette und die Bezahlung höherer Nachhaltigkeitsstandards:

Eine verbindliche Haltungs- und Herkunftskennzeichnung für nachhaltig erzeugte Produkte aus Deutschland. Dafür muss der rechtliche Rahmen in der EU geschaffen werden. Die Landwirtschaft muss beim Thema Nachhaltigkeit mehr denn je den Dialog mit dem Handel suchen. Beim Wettbewerbsrecht sind Regeln gegen unfaire Handelspraktiken vernünftig, aber nicht ausreichend. Vermarktungsunternehmen in bäuerlicher Hand müssen sich weiterentwickeln können.

18. Kenne Sie die Düngeverordnung?

Ja.

18.1. Wenn ja, wie stehen Sie dazu?

Wichtig ist mir, dass bei neuen Regelungen landwirtschaftliche Familienbetriebe diese auch wirtschaftlich tragbar umsetzen können.

Die Anzahl der Messstellen (Nitrat) in Bayern ist viel zu niedrig, um die Messwerte einzelnen Betrieben verursachergerecht zuzuordnen. Dies führt in der Praxis zu willkürlichen und unrealistischen Düngevorgaben für die betroffenen Landwirte. Selbst wenn bis Ende 2024 die Zahl der Messstellen fast verdoppelt wird, reicht das noch lange nicht aus.

19. Wie stehen Sie zum Nationalen Aktionsplan zur nachhaltigen Anwendung von Pflanzenschutzmitteln?

Der NAP muss realistisch bleiben und darf kein Verbot von Pflanzenschutzmitteln vorschreiben, für die noch kein adäquater Ersatz auf dem Markt erhältlich ist, der erwiesenermaßen ähnlich wirksam und zugleich in der ökologischen Gesamtbilanz besser ist. Nationale Alleingänge sind abzulehnen, die heimischer Produktion Wettbewerbsnachteile bescheren und damit den Import von Konkurrenzprodukten begünstigen, die unter laxeren Bedingungen erzeugt werden konnten.

19.1. An welcher Stelle sehen Sie Verbesserungsbedarf?

Nicht politisch gesetzte Zeitvorgaben dürfen zum Maßstab erhoben werden, sondern allein die durch Forschung und Pflanzenschutzproduzenten verfügbar gemachten Lösungen, die zugleich eine praxistaugliche und marktkonforme Anwendung ermöglichen.

20. Welchen Arbeitsschutz, Rente, etc. planen Sie für Akteure aus der Landwirtschaft?

Die Landwirtschaftliche Sozialversicherung (LSV) ist insgesamt auf eine neue Basis zu stellen, bei der zwecks finanzieller Stabilisierung eine stärkere Verzahnung mit der allgemeinen gesetzlichen Sozialversicherung anzustreben ist. Das österreichische Modell zeigt, dass auch eine stärkere finanzielle Beteiligung des Bundes vonnöten ist. Die Frage bleibt jedoch zu klären, warum das deutsche System ein schlechteres Verhältnis zwischen Einzahlung und Auszahlung erbringt. Sicherlich ist hier Einsparpotenzial beim bürokratischen Verwaltungsapparat, ggf. durch die Schaffung eines Bundesträgers, zu mobilisieren. Die Hofabgabeerfordernis als Voraussetzung für den Rentenbezug ist dringend zu lockern ohne finanzielle Einbußen für den Rentenbezieher. Dadurch lässt sich mehr Flexibilität erzielen, die zugleich den gerade in der Landwirtschaft oft schwierigen Generationenwechsel erleichtern würde.

21. Planen Sie Maßnahmen zur Endbürokratisierung in der Landwirtschaft und wenn ja, welche?

Die Menge der Vorschriften muss reduziert werden. Weniger Vorschriften, die dann auch leichter eingehalten und kontrolliert werden können. Die Regeln sind oft zu kleinteilig, zB. in der Düngeverordnung. Besser wäre es kontrollierbare Ziele (zB Emissionsgrenzen) vorgeben und nicht jede einzelne Handlung, von der Tierfütterung bis zur Düngung, dokumentieren und von den Behörden kontrollieren zu lassen. Dabei geht leicht der Blick auf den Gesamterfolg verloren. Die EU ist nicht der bessere Landwirt.

22. Wie stehen Sie zu der Debatte Bauland vs. Ackerland?

Die enormen Preisanstiege im Grundstücksmarkt haben nicht nur fatale Auswirkungen auf Miet- und Kaufpreise für Immobilien. Die Probleme wirken sich neben dem Bauland auch auf Ackerland aus.

Vorbild kann zB die langfristige Bodenpolitik der Stadt Ulm sein.

Alternativ kann der Boden auch in einer Genossenschaft gehalten werden, die die Flächen langfristig zu einem stabilen Preis an Landwirte verpachten (Ackerland in Bürgerhand). Der Boden ist so keine Ware mehr, mit der spekuliert werden kann.

23. Was werden Sie gegen die zunehmende Flächenversiegelung tun?

Grundsätzlich sollte gelten: Bestandschutz und -modernisierung vor Neubau. Für das Gewerbe bedeutet dies Unterstützung für den Erhalt bestehender Standorte und

innerörtliche Neubauten. Im Bereich Verkehr gelten die Stichworte Vermeidung und Verlagerung auf nachhaltigere Verkehrsmittel. Für das Wohnen gilt ein Mix aus Umdenken und „Down-Sizing“.

Bayern steht aber momentan vor vielfältigen flächenwirksamen Herausforderungen, u. a. in Bezug auf die hohe Wohnraumnachfrage, die Stärkung der heimischen Wirtschaft oder den Ausbau der Erneuerbaren Energien. Die sich daraus ergebenden Zielkonflikte sind nicht einfach zu lösen und unter einen Hut zu bekommen.

24. Wie stehen Sie zu Agri-PV?

Technischen Neuentwicklungen stehe ich grundsätzlich offen gegenüber. Ob am Ende die Vorteile der doppelten Nutzung überwiegen, und damit auch weiterhin zuverlässige landwirtschaftliche Erträge erwirtschaftet werden können, wird sich zeigen.

24.1 Wie lässt sich der Kampf um Agrarflächen (Agri-PV, Gebäudebau, steigende Weltbevölkerung etc.) vereinen?

Dafür gibt es keine einheitliche Lösung. Der Nutzen und die Folgen müssen im Einzelfall gegeneinander abgewogen werden.

25. Die Extremwetter nehmen immer mehr zu und viele Landwirtinnen und Landwirte sind von Trockenheit, Starkregen, Hagel etc. betroffen. Welche Maßnahmen planen Sie diesbezüglich für die Zukunft?

In den betroffenen Gebieten, soweit möglich, Schutzmaßnahmen durchführen. Dies könnte zB. Hochwasserschutz vor Überschwemmung und Starkregen sein. Rechtzeitige Warnungen und Informationen können helfen und Leben retten. Vorbeugende Maßnahmen, zB Brunnen für die Landwirte, helfen dabei, extreme Phasen zu überbrücken.